Pressemitteilung

Lesben- und Schwulenverband

02.07.2020

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

„Respekt und Menschenrechte sind nicht exklusiv!“

Gemeinsame Presseerklärung der Berliner Bezirke, des LSVD Berlin-Brandenburg und des Berliner Entwicklungspoltischen Ratschlags

Berliner Bezirke und zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind beunruhigt über die Berichte von sogenannten “LGBT-freien-Zonen” in Polen

Eine Vielzahl polnischer Städten und Gemeinden haben sich zu sogenannten “LGBT-freien Zonen” erklärt. Die Unterzeichnung entsprechender Erklärungen hat zu einer hohen Besorgnis unter kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Berlin und seinen Bezirken geführt.

Der Umstand, dass national-konservative und rechte Politiker*innen homo- und transphobe Propaganda in Polen betreiben, ist nicht neu. Nach persönlichen Angriffen auf Teilnehmende von Paraden zur Gleichstellung und Denunzierungen von Aktivist*innen, sind amtliche Beschlüsse eine weitere nicht-akzeptable Form der Ausgrenzung.

Insgesamt acht Berliner Bezirke besitzen oftmals langjährige, kommunale Partnerschaften mit polnischen Gemeinden und Bezirken. Nach den vorläufigen Kenntnissen hat bereits 2019 mit Poniatowa erstmals eine bezirkliche Partnerstadt eine entsprechende Erklärung unterzeichnet. An dieser Stelle bekräftigen alle mitzeichnenden Institutionen nachdrücklich, dass die beschriebenen aktuellen Entwicklungen eine Gefahr für die bestehenden vertrauensvollen Partnerschaften, aber auch zukünftigen Zusammenarbeiten, darstellen.

Die Berliner Bezirksverwaltungen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen setzen sich für Vielfalt und sexuelle Selbstbestimmung in ihren Bezirken und explizit gegen strukturell diskriminierende Verwaltungsbeschlüsse ein. “Diese Haltung gilt es jetzt zu betonen und in Kooperation mit den Partnergemeinden, die mögliche Einflussnahme auf das Vorbeugen oder die Rücknahme etwaiger Erklärungen zu besprechen” betont Michael Jopp, Berliner Fachpromotor für Kommunale Entwicklungspolitik. “Für jede kritische Haltung erhalten die Partner-Gemeinden und Berliner Bezirke unsere Solidarität” so Jopp weiter.

Der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) begrüßt die ersten kritischen Äußerungen und Distanzierungen. Gleichzeitig fordert der LSVD die Berliner Bezirksverwaltungen auf, mit den Partnerstädten in einen kritischen Austausch zu treten. „Der Berliner Bezirke sollten in allen Gesprächen, Begegnungen und Kontakten mit polnischen Vertreter*innen die Ausrufung dieser Zonen offiziell kritisieren. Die vorhandenen Städtepartnerschaften sollten genutzt werden, um einen kritischen Dialog zu starten und aufrechtzuerhalten. Auf allen Ebenen des Austausches sollte geprüft werden, wie die Freiheitsrechte von LSBTI im europäischen Miteinander gestärkt werden können“, so Yasmine-Blanche Werder, Vorständin des LSVD Berlin-Brandenburg.

An der gemeinsamen Erklärung beteiligen sich neben den beiden Verbänden folgende Berliner Bezirke:

Pressemitteilung

- Tempelhof – Schöneberg
- Treptow-Köpenick
- Pankow
- Lichtenberg
- Friedrichshain-Kreuzberg
- Steglitz-Zehlendorf
- Charlottenburg-Wilmersdorf
- Marzahn-Hellersdorf
- Mitte

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.